

# Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

25. Jahrgang Nr. 6/2017

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



LandesvertreterInnen Versammlung in der Sachsenlandhalle in Glauchau

## Gleich drei Vogtländer auf der Liste

Landesliste der LINKEN zur Bundestagswahl

Gleich drei Mitglieder der vogtländischen LINKEN können sich über einen Platz auf der sächsischen Landesliste zur Bundestagswahl freuen.

Am 29.04.2017 haben die sächsischen LINKEN in der Sachsenlandhalle in Glauchau ihre Liste für die Bundestagswahl aufgestellt. Dabei konnte sich auch der vogtländische Direktkandidat der LINKEN Maik Schwarz den 12. Listenplatz sichern. „Der 12. Platz ist auf einer so starken Landesliste ein guter Platz für einen neuen Kandidaten. Es haben sich viele gute und vor allem erfahrene Leute auf unserer Landesliste beworben. Sollte ich in den Bundestag einziehen, so ist es wichtig, dass die Kolleginnen und Kollegen da sind, die wissen wie „der Laden“ läuft.“ so Maik Schwarz zu seinem Platz.

Darüber hinaus konnten die Falkensteiner Stadträtin Käty Mothes (Platz 11) und der aus Plauen stammende Vorsitzende des Ortsverbands Oelsnitz, Lars Legath (Platz 14) die rund 200 Vertreter überzeugen.

aus dem	1. Mai in Rodewisch.....	S. 2
Inhalt:	Oelsnitz erinnert.....	S. 3
	Verantwortung für Fehler.....	S. 5
	Briefe.....	S. 7

**DIE LINKE.**

[www.dielinke-vogtland.de](http://www.dielinke-vogtland.de)

## PROGRAMME GEGEN JUGENDARBEITSLOSIGKEIT WIRKUNGSARM

Zur Antwort der Staatsregierung auf die Kleine Anfrage „Jugendarbeitslosigkeit im Freistaat Sachsen – 2016“ (Parlaments-Drucksache 6/9355) erklärt Janina Pfau, Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

Die aufgeführten Zahlen der Staatsregierung sprechen eindeutige Worte. Der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen in Sachsen an der Gesamtbeschäftigtenzahl beträgt elf Prozent, das betrifft 19.862 junge Menschen. Wobei allein die betroffenen Jugendlichen im Bereich 20 bis unter 27 Jahre 9,5 Prozent ausmachen. Spezielle Programme für junge Menschen gibt es in Sachsen aber leider nicht. Aber auch die Vorbereitung in den Schulen für die Berufswahl ist ausbaufähig.

Nach wie vor zeigt sich Sachsen als Billiglohnland. Nach einer absolvierten Berufsausbildung wird es dann zum Problem, eine Arbeitsstelle zu finden, bei der es sich nicht um eine prekäre Beschäftigung handelt. Auf dem Arbeitsmarkt vollzieht sich seit Jahrzehnten ein struktureller Wandel: weg von Normalarbeitsverhältnissen in Vollzeit hin zu in vielen Fällen nicht existenzsichernden und unfreiwilligen Teilzeit- und Nebenjobs. Davon sind auch immer mehr junge Menschen betroffen. Es müssen die Grundlagen für ein lebenswertes Sachsen geschaffen werden. Das heißt gute Arbeit für gutes Geld. Aber auch der Ausbau der Berufsvorbereitung in den Schulen ist dringend notwendig.

Denn es ist unbestritten: Gerade auch Berufsstarter brauchen gute und auskömmliche Arbeitsplätze, damit sie insbesondere ihr Familienleben planen können. Es kann nicht sein, dass auf Grund von Arbeits- und Perspektivlosigkeit junge Menschen gezwungen werden wegzugehen und damit ihr gewohntes Umfeld zurück zu lassen.

Die Staatsregierung verweist in ihren Aussagen auf verschiedene Förderprogramme z.B. auch auf die „JobPerspektive Sachsen“, welche auf die

## ERSTER MAI IN RODEWISCH



Im Gespräch am Infostand auf der Schlossinsel.

Wie in den vergangenen Jahren haben wir auf der Schlossinsel in Rodewisch mit unserem Stand am 1. Mai Präsenz gezeigt. Wir wurden, wie immer, von den Organisatoren des Jawatreffens und der Bürgermeisterin von Rodewisch freundschaftlich begrüßt.

Auch im Vergleich zu den vorherigen Jahren war unser Stand von Beginn an umringt. Wir hatten insgesamt mehr als 60 Bürger im Gespräch.

Im Mittelpunkt stand natürlich die Zustimmung zu unserer Politik. Besonders aber die Haltung zu Krieg und Frieden. Wenn wir hier eine konsequente Position aufgeben, haben wir auf der ganzen Breite keine Chance mehr. Die internationale Situation beschäftigt vor allem die älteren Bürger sehr, weil sie den Krieg oder zumin-

Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen hinwirken sollen. Bei der Betrachtung der Zahlen erscheint das Wirksamwerden der Programme zweifelhaft. In den Zahlen der Statistik 2016 befindet sich nur ein geringer Anteil der jugendlichen Arbeitslosen in Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung und in Maßnahmen mit Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante. Ein weitaus größerer Anteil erscheint mir derzeit beruflich perspektivlos zu sein.

dest die Nachwirkungen erlebt haben. Waffenexporte und die Haltung zu den Problemen im arabischen und afrikanischen Raum werden meist abgelehnt. Die Haltung gegenüber Russland trifft auf Unverständnis. Haben denn die Deutschen nichts aus der Geschichte gelernt?

Weitere Probleme waren besonders die Situation für die Beschäftigten in den Betrieben. Die Behinderung jeglicher persönlicher Kontakte, aber auch die gemeinsame Minderung der Arbeitsbelastungen besonders im Pflegebereich der Krankenhäuser und Pflegeheime.

Es gab auch viel Anerkennung von Bürgern, dass wir jährlich wieder Rede und Antwort stehen und zu Gesprächen bereit sind. Es gab die Zusicherung, selbst die LINKE zu wählen und auch im Bekanntenkreis zu werben.

Wir schätzen ein, dass sich die regelmäßige Präsenz lohnt. Wir werden zwar nicht von allen Besuchern des Jawatreffens freundlich begrüßt, aber es gab in diesem Jahr auch keinerlei negative Zurufe.

Alle, die am Stand mitgeholfen hatten, gingen zufrieden und mit Optimismus an die weitere Arbeit.

*Ursula und Volker Mieth*



## OELSNITZER LINKE ERINNERN AN BEFREIUNG VOM FASCHISMUS

Am 08. Mai, dem „Tag der Befreiung“ führte DIE LINKE Ortsverband Oelsnitz ihre traditionelle Erinnerungsveranstaltung durch. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt wurde jede der auf dem Friedhof befindlichen Grabplatten der in Oelsnitz gefallen sowjetischen Soldaten mit einer roten Nelke versehen.

Dazu erklärt Waldemar Strjukov, Mitglied im Ortsvorstand: „Gerade erleben wir, wie rechtsextreme Parteien die Demokratie bedrohen, wie es seit den 30er Jahren nicht mehr der Fall

war. In solchen Zeiten ist es wichtiger denn je, dass wir an die Verbrechen der Nazi-Diktatur erinnern. Der heutige 08. Mai ist insbesondere für die Menschen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion ein Datum des Erinnerns an ihre Gefallenen. Immerhin waren es diese Völker, die während des zweiten Weltkrieges die meisten Opfer zu beklagen hatten.“

Entsetzt waren die Anwesenden über den Zustand der Gedenkstätte. Hierzu erklärt Lars Legath, Vorsitzender des Ortsverbandes:

„Das Unkraut wucherte über die Grabsteine, die Grünfläche daneben wurde zwar in den letzten Tagen gemäht, allerdings sah das ganze eher lieblos aus. Für die Angehörigen der Gefallenen ist das ein Schlag ins Gesicht! Im nächsten Jahr erwarten wir von der Stadt mehr Achtung vor dem hohen Preis, den diese Familien zahlen mussten. Wie das funktioniert, können sich die Verantwortlichen in Reichenbach und Plauen ansehen!“



## FORDERUNGEN DER AG KDU INS "WOHNUNGSPOLITISCHE KONZEPT SACHSEN" ÜBERNOMMEN!

Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Genn. Caren Lay hat in Vorbereitung der Bundestagswahl ein "Wohnungspolitisches Konzept für Sachsen" erarbeitet, Anträge der Arbeitsgruppe KdU der LAG Hartz IV wurden dabei berücksichtigt. Am 7. April hat der Landesvorstand der sächsischen LINKEN dieses Positionspapier bestätigt und um Diskussion innerhalb der Gliederungen unserer Partei gebeten.

Dieser Artikel soll ein Beitrag dazu sein.

Zunächst einige Auszüge aus dem "Wohnungspolitischen Konzept Sachsen":

"Grundsätzlich will DIE LINKE das Hartz IV-System abschaffen ... und durch eine bedarfsgerechte individuelle Mindestsicherung ohne Sanktionen und Kürzungen ersetzen. ... Kurzfristig sind Verbesserungen innerhalb des bestehenden Systems notwendig: Die Kosten der Unterkunft werden häufig systematisch heruntergerechnet ... Vorschläge von Jobcentern, nach denen erwachsene Langzeiterwerbslose einen Wohnraum von nur 24 m<sup>2</sup> anmieten sollen, der preislich innerhalb der Angemessenheitsgrenze liegt, sind einfach herzlos. ...

Die Prüfung der Verfügbarkeit von ... angemessenem Wohnraum muss sorgfältiger erfolgen.

Wir wollen ... die Erhöhung der Mietobergrenzen. ... Maßstab für die Mietkosten soll der Mittelwert der ortsüblichen Vergleichsmiete sein. Dabei wird die Bruttowarmmiete berücksichtigt, d.h. ein wechselseitiger Ausgleich von Kaltmiete, Heiz- und Nebenkosten ist bei Überschreitung der Angemessenheitsgrenze möglich.

Außerdem müssen auch junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren, die ALG II beziehen, das Anrecht auf eine eigene Wohnung haben."

Das Positionspapier der Arbeitsgruppe KdU der LAG Hartz IV enthält selbstverständlich alle diese Forderungen, auf Grund des begrenzteren Aufgabengebietes haben wir natürlich die Möglichkeit, umfangreichere und detailliertere Forderungen zu formulieren. Dafür einige Beispiele:

1.) Es darf nicht geduldet werden, dass die Bedarfe der Unterkunft und Heizung rechtswidrig zu niedrig berechnet werden. ... Verantwortlich für eine rechtskonforme Berechnung der angemessenen Bedarfe für die Unterkunft sind die Verwaltungen und die kommunalen Vertretungskörperschaften der Landkreise und der kreisfreien Städte.

2.) Bei der Ermittlung "angemessener Bedarfe der Unterkunft" ist zu kontrollieren, ob für die in einer ersten Untersuchung errechneten Mieten tatsächlich ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht. Ist das nicht der Fall, muss die Ermittlung überarbeitet werden.

3.) Neben bereits bestehenden Mindeststandards für die Wohnqualität (Innentoilette und Bad oder Dusche in der Wohnung, Sammelheizung u.a.) müssen Mindeststandards für die Haushaltgrößen festgelegt werden. ... Die Mindestgrößen sollen in Anlehnung an die Vorschriften des Sozialwohnungsbaus (bzw. die ehemals gültigen Vorschriften, wenn es keinen Sozialwohnungsbaus mehr gibt) bestimmt werden.

4.) Der Maßstab für die angemessene Miethöhe ... soll der Mittelwert der Mieten im entsprechenden (Teil-)Wohnungsmarkt sein.

5.) Für die Berechnung der (abstrakten) Angemessenheit soll die Bruttowarmmiete dienen, so dass ... der Bezug wärmegeprägter Wohnungen verstärkt für Betroffene von Hartz IV und Sozialhilfe möglich wird. Das dient auch dem Klimaschutz.

Der AG KdU und dem Kreisvorstand Vogtland sind Stellungnahmen zu den dargelegten Forderungen sowie weitere Überlegungen und Vorschläge zum Thema sehr willkommen. Die AG KdU sendet Interessenten auch gern ihren Forderungskatalog zum Existenzminimum Wohnen zu (Anforderungen bitte über die Mailadresse dorthea.wolff@arcor.de oder über Tel.-Nr. 03744 - 80116).

*Dr. Dorothea Wolff*



**Für eure Artikel!**

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe  
14. Juni 2017

**Sendet uns eure Beiträge an:  
redaktion@dielinke-vogtland.de**



## FÜR PLANUNGSFEHLER MUSS JEMAND VERANTWORTLICH SEIN!

Nach dem Bekanntwerden erneuter Nachforderungen beim Bau des neuen Landratsamtes meldet sich jetzt der Kreisrat der LINKEN, Henry Ruß, zu Wort und erklärt:

„Nach der Vogtland-Arena kann man langsam von der „Unendlichen Geschichte des Vogtlandes Teil II“ sprechen, wenn es um das neue Landratsamt in Plauen geht.

Nachdem schon jegliches Planungsziel bezüglich der Baukosten überzogen wurde, werden jetzt erhebliche Nachforderungen fällig.

Diverse Anpassungen nach dem Bezug eines neuen Gebäudes sind nachvollziehbar. Dass jedoch scheinbar auch eklatante Planungsfehler vorliegen, kann doch nur zu der Schlussfolgerung führen, dass es dafür Verantwortliche geben muss. Noch bevor diese klar ermittelt sind, werden Beschlüsse herbeigeführt, die dem Landkreis 155.000 € kosten werden, ohne dass gesichert ist, ob diese von den Verursachern je zurückgefordert werden können. Letztlich bezahlt der



Das neue Landratsamt im Herzen von Plauen.

Bürger die Zeche. Das ist äußerst bedenklich, zumal erst im letzten Jahr der Kreistag die größte Streichliste seit der Kreisgebietsreform beschlossen hat. Dabei wurden auch im Bereich der Kultur, des Sports und der Musikförderung zahlreiche Gelder gestrichen.

Wir als Fraktion fordern den Landrat auf, Transparenz zu schaffen und vor allem sicherzustellen, dass am Ende diejenigen die Kosten tragen, welche die Fehler verursacht haben!“

## SCHULSTANDORTE WACKELN IN PLAUEN

Mit dem neuen sächsischen Schulgesetz werden wieder einmal den Stadträten und Stadträtinnen Entscheidungen aufgezwungen, die in Plauen so nicht gewollt sind.

Seit Jahren werden Wege und Möglichkeiten von der Kommunalpolitik und der Verwaltung gesucht, die bestehenden Grund- und Mittelschulen zu erhalten - bisher mit Erfolg. Nun werden mit der Novellierung des Schulgesetzes neue Tatsachen geschaffen und Zwänge auferlegt. Über die Köpfe der Kommunalpolitik hinweg, zu Lasten der Kinder und Eltern. Für uns ist diese Vorgehensweise nicht akzeptabel.

Uns scheint, die Landesregierung will mit der Novellierung auch noch das bestehende Problem des Lehrermangels in den Griff bekommen, denn mit Schließung von Schulstandorten fallen Lehrerstellen weg.

Mit der aktuellen Vorlage würde das "Aus" der Dittes-Oberschule beschlossen. Denn die Anmeldungen werden kaum in den nächsten Jahren steigen, wenn dieser Standort gefährdet ist - also ein langsames Auslaufen. Bleibt dann auch noch die Frage, ob der Umzug der Grundschule in die Seminar-

straße mit den damit verbundenen Kosten und Aufwendungen noch sinnvoll ist. Denn frei werdende Räume der Dittes-Oberschule könnten vom Diesterweg-Gymnasium genutzt werden.

Petra Rank



## 5. RAINBOW-FLASH IN PLAUEN

„Sachsen ist was die Frage der Gleichstellung und unterschiedlicher Lebensweisen angeht immer noch ein Entwicklungsland. Der Grund dafür liegt auf der Hand: die seit mehr als 25 Jahren regierende CDU, verbreitet traditionelle Rollen- und Familienbilder und versucht mit allen Mitteln, die Gleichstellung nicht-heterosexueller Menschen zu verhindern.“ So stand es auf dem Flyer, der am 17.05.2017 auf dem 5. Rainbow-Flash in Plauen verteilt wurde, unter der großen Überschrift: „Come as you are“.



An diesem Tag ging es darum, auf Rechte von Homo-, Bi-, Trans-, Inter- und Queersexuellen aufmerksam zu machen. Denn in einem Gesellschaftsbild, in dem Heterosexualität oder „Mann liebt Frau“ als die einzig normale Familienform angesehen wird, ist es schwer, überhaupt zu bemerken, dass Homosexuelle immer noch nicht heiraten oder Kinder adoptieren dürfen. Obwohl Studien gezeigt haben, dass Pflegekinder aus Pflegefamilien mit homosexuellen Pflegeeltern teilen, empathischer sind und sich besser in eine Gemeinschaft integrieren können. Warum sollte man also homosexuellen Paaren nicht erlauben, auch per Gesetz heiraten und Kinder adoptieren zu dürfen?

Und warum ist es immer noch schwierig sich „zu outen“ und ist das überhaupt noch nötig? Denn eigentlich leben wir doch in einer aufgeklärten Gesellschaft. Das Problem heißt: Heteronormativität, was letztlich nichts anderes bedeutet als „Mann liebt Frau“ wird als das normale angesehen.

Daraus resultieren nun aber alle Probleme. Sollte eine Frau beispielsweise sich sowohl zu einem Mann als auch

zu einer Frau hingezogen fühlen, in emotionaler und/oder sexueller Hinsicht. Wird die Bisexualität oft als „Phase“ abgetan, als Versuch Aufmerksamkeit von Männern zu bekommen oder dieser Mensch wird als „einfach zu haben“ abgestempelt. Ähnliches passiert, sollte sich ein Mann als bisexuell outen, wobei dieser oft gesagt bekommt „Du willst ja nur nicht zugeben, dass du eigentlich schwul bist!“

Sollte man sich nun als homosexuell, also schwul oder lesbisch, outen wollen, wird einem das durch die Heteronormativität sehr erschwert. Denn deine Eltern erwarten oder hoffen zumindest, dass du Kinder zeugst. In einigen Religionen gilt jede andere Form der Sexualität als Sünde und auch in der Schule wird man kaum bis gar nicht über Homosexualität aufgeklärt.

Ist man in einem Sport- oder Tanzverein aktiv hat man noch mit den Vorurteilen zu kämpfen, die Homosexualität oder Wörter wie schwul und lesbisch mit sich bringen. So kommt es, dass obwohl es um einiges leichter geworden ist, viele schwule Sportler und Tänzer sich nicht outen. Aufgrund dieser Vorurteile ist es auch schwierig für Männer einen „femininen Sport“ wie Tanzen oder Yoga auszuüben, denn wenn ein Mann tanzt, muss er ja schwul sein, sowie auch männliche Friseure früher oft als schwul betrachtet wurden.

Also geht es genau genommen nicht nur um die Rechte Homosexueller, Bisexueller und Queersexueller sondern auch um die der heterosexuellen Frauen und Männer. Es geht darum, Vorurteile abzubauen und die Welt ein wenig bunter und lebenswerter zu machen.

*Anton Brüggefeld*



## SÜDWESTSACHSEN HINKT BEI DER LEHRERAUSBILDUNG HINTERHER

Hoffnungen auf eine breitere und regional verankerte Ausbildung von Lehrern an der TU Chemnitz hat die zuständige Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange (SPD) eine Absage erteilt. Den aktuellen Vorstoß von Spitzenvertretern der Landkreise, der Stadt Chemnitz, von Wirtschaftsverbänden sowie Großunternehmen aus Südwestsachsen, zusätzlich zum Grundschullehramt auch noch Ober- und Berufsschullehrer auszubilden, bezeichnete Stange als unrealistisch.

Hans-Joachim Wunderlich, Hauptgeschäftsführer der IHK Chemnitz, kritisiert die Haltung des Ministeriums. Sie führe dazu, dass über ein Ungleichgewicht der Bildungschancen eine wirtschaftlich wichtige Region im Freistaat abgehängt werde. Südwestsachsen steuere ein Drittel der Wirtschaftsleistung Sachsens bei. "Dafür erwarten wir vergleichbar gute Bedingungen für Schule und Berufsausbildung, um Fachkräfte halten zu können."

Um das leidige Problem hohen Stundenausfalls in den Schulen, besonders in den ländlichen Gebieten Südwestsachsens zu lösen, führt kein Weg an mehr Lehrern aus Chemnitz vorbei. Auch Sachsens Lehrerverband hält einen Ausbau der Kapazitäten in Chemnitz für unverzichtbar.

Der unsägliche Sparwahn der CDU geführten Landesregierung habe Sachsen in den vergangenen 15 Jahren erst in die jetzige Lehrermisere gebracht.

*Dieter Riedler*

## LESERBRIEF ZUR AUSGABE 05/2017

Mit großer Freude und Aufmerksamkeit habe ich den Bericht von Jürgen Böhm in Eurer April-Ausgabe gelesen. Auch meine Nachbarn lesen gerne Euren "Vogtland-Boten" und daher nochmals danke, dass er immer zu mir kommt. Besonders gefallen hat mir der Artikel von Jürgen Böhm gefallen und seine Einschätzung von Peter Giersich. Mit ihm habe ich seit 1990 sehr gute Kontakte und habe mich immer über den "Vogtland-Boten" sehr gefreut. Er hat immer konkret zu örtlichen Problemen in Eurer Zeitung Stellung genommen - wie auch Jürgen Böhm. Versucht alles zu tun, damit Eure Kreiszeitung wieder mehr anspruchsvoll wird und dadurch auch Euer Einfluss - insbesondere bei den Bundestagswahlen im September.

*Erich Schreier*

## DEN LETZTEN BEIßEN DIE HUNDE

Kaum war die Mauer gefallen und die deutsche Einheit nahte, da machten sich tausende westliche Glücksritter auf den Weg in den Osten. Mit gierigen Blick und Dollarnoten in den Pupillen überschwemmten sie unser Land wie die „Sieben Plagen“ in der Bibel „das Land Ägypten beim Auszug der Israeliten“ Sie nannten sich „Investoren“ und wurden bei uns hofiert und Grundstücke und Häuser wurden ihnen hinterher geworfen.

Dass sie an den Immobilien selbst gar nicht interessiert waren und diese als reine, viel Gewinn versprechende Spekulationsobjekte betrachteten, führte erst Jahre später in unseren Städten und Gemeinden zum bösen Erwachen und dauert bis heute noch an. Diese müssen jetzt aktiv werden, wenn die neuen Eigentümer, in- und ausländische Spekulanten, sich nicht um ihr Eigentum kümmern und dieses immer mehr vergammeln lassen.

In Plauen gibt es fast 400 leerstehende Gebäude, die die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährden. Die Stadt bleibt meist auf den Abrisskosten sitzen. Zwar stellen die Behörden diese Kosten den Eigentümern in Rechnung. Doch die zahlen in den seltensten Fällen. Rund 118.000 Euro forderte die Stadt 2016 zurück - beglichen wurden davon bislang nur 14.000 Euro. Leider können die Verursacher kaum haftbar gemacht werden.

Jeder Wiederholungstäter, der seit Jahren Schnaps und Zigaretten in den Geschäften klaut, kann per internationalen Haftbefehl gesucht und dingfest gemacht werden. Aber Spekulanten haben in dieser Gesellschaft Narrenfreiheit und Plauen bleibt wie viele Kommunen auf Kosten sitzen. Wie heißt es doch so schön: „Den Letzten beißen die Hunde“

*Dieter Riedler*

## LINKSFRAKTION LÄSST SICH DEN MUND NICHT VERBIETEN

Zum verkündeten Urteil des Oberlandesgerichts Dresden im Rechtsstreit, den die AfD-Fraktion gegen die Linksfraktion angezettelt hatte, erklärt Klaus Bartl, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

Die AfD-Fraktion ist mit ihrem Versuch gescheitert, die Meinungsäußerungen der politischen Konkurrenz über ihr Verhalten im Parlament zensurieren zu lassen. Das ist gut so, weil es nicht unsere Aufgabe ist, die Arbeit der AfD so darzustellen, wie sie es gerne hätte.

Falls die AfD doch mal wider Erwarten ein Hauch von Einsicht erlitt, wird sie feststellen, dass sie im Falle des Obsiegens vor Gericht von einer schier endlosen Klageflut gegen Verlautbarungen ihrer Öffentlichkeitsarbeit betroffen wäre.

Dass ausgerechnet die AfD, die ständig unter dem Motto „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ Unsägliches sagbar machen will, ihrerseits anderen den Mund zu verbieten versucht, ist eigentlich ein schlechter Witz. Dass die Sache nun schon in zweiter Instanz bitterer Ernst vor Gericht gewesen ist, zeigt nur einmal mehr, dass das Vorhandensein einer AfD-Fraktion keine wirkliche Bereicherung der Demokratie darstellt.

Mit der heutigen Entscheidung sehen wir uns in unserer Position bestärkt, dass wir nach bestem Wissen und Gewissen und entsprechend den Gepflogenheiten der landespolitischen Kommunikation unsere Sicht der Dinge der Öffentlichkeit vermitteln. Dabei lassen wir uns nicht von einer rechtslastigen Fraktion den Mund verbieten.

## LESUNG "STEFAN HEYM - EINER DER NIE SCHWIEG"

Wir freuen uns, dass die kulturpolitische Veranstaltungsreihe der Landtags-Linksfraktion, „Stefan Heym – einer, der nie schwieg“ auch in unserer Region Station macht.

Der Schriftsteller Stefan Heym hielt das lange Schweigen für einen der Gründe fürchterlicher Ereignisse in der Geschichte. Daraus zog er die Konsequenz - und schwieg nie. Dafür zahlte er einen hohen Preis: Wegen seiner antimilitaristischen Schriften musste er als junger Mann Schule, Stadt und schließlich auch sein Land verlassen. Die szenische Lesung führt durch das Leben Heyms, der als Helmut Flieg und Sohn einer jüdischen Chemnitzer Familie aufwuchs. Dabei ist das Publikum eingeladen, Bezüge zu Schweigen und Reden in der Gegenwart zu diskutieren.

Es lesen: Franz Sodann (kulturpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, verantwortlich für Bearbeitung und Regie), Annette Richter (Schauspieler in Dresden), Peter Sodann (Ex-"Tatort"-Kommissar, Schauspieler, ehemaliger Intendant).

**08. JUNI 2017**  
**18:00 UHR**  
**KAPELLE NEUENSALZ**

(Altensalzer Straße 2  
08541 Neuensalz)

### BÜRGER\*INNEN-SPRECHSTUNDE

Für das direkte Gespräch mit Janina Pfau, MdL steht unsere Landtagsabgeordnete zu folgenden Bürgersprechstunden für Sie in ihrem Bürgerbüro zur Verfügung:

**12.06.2017 09:00 – 11:00 Uhr**

Bürgerbüro MdL Janina Pfau  
Markt 3, 08606 Oelsnitz/Vogtl.,  
Tel: 037421/ 187878

Weitere Termine sind nach Vereinbarung in Oelsnitz, Auerbach, Plauen und Reichenbach möglich.

## WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

C. Stölzel	Reichenbach	21.6.
M. Bauer	Reichenbach	23.6.
H. Menzel	Neumark	25.6.
R. Weck	Falkenstein	25.6.
I. David	Auerbach	28.6.
G. Hopperdietz	Plauen	28.6.
K.-H. Jaensch	Plauen	29.6.
I. Steudel	Elsterberg	30.6.
W. Vogel	Ellefeld	4.7.
W. Rieger	Pöhl	9.7.
H. Popp	Falkenstein	12.7.
C. Gündel	Auerbach	13.7.
U. Koch	Reichenbach	15.7.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

## Der Vogtlandbote

### INTERESSANT?!

*Von 80.612 im Krankenhaus tätigen hauptamtlichen Ärztinnen arbeiteten 2015 33,8 % nicht in Vollzeit sondern waren teilzeit- oder geringfügig beschäftigt.*

*(Statistisches Bundesamt)*

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17.05.2017, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 14.06.2017. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.